

Beilage 2598

Bericht

des

Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen
zum

Antrag der Abgeordneten Engel und
Dr. Lippert betreffend Wiedererrichtung
des Landgerichtes Straubing
(Beilage 1995)

Berichterstatter: Dr. Keller

Antrag des Ausschusses:

Ablehnung des vom Antragsteller wie folgt ab-
geänderten Antrags:

Die Staatsregierung wird ersucht, eine ab-
gezweigte Strafkammer des Landgerichts
Regensburg in Straubing zu errichten.

München, den 25. April 1952

Der Vorsitzende:

Stock

Beilage 2599

Bericht

des

Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen
zum

Antrag der Abgeordneten von Feury,
Zehner, Stöhr, Bantele, Dr. Schier und
Dr. Brücher betreffend Anerkennung
von geleisteter Zwangsarbeit als politi-
sche Haft im Sinne des Entschädi-
gungsgesetzes (Beilage 2408)

Berichterstatter: Kiene

Antrag des Ausschusses:

Zustimmung in folgender Fassung:

Das Tragen des Judensternes in Verbin-
dung mit geleisteter Zwangsarbeit wird als
politische Haft im Sinne des § 15 des Ent-
schädigungsgesetzes vom 12. August 1949
(GVBl. S. 195) in Verbindung mit § 3 Abs. 1
der Haftentschädigungs-Verordnung vom
28. November 1949 (GVBl. S. 287) anerkannt.
§ 3 Abs. 3 der Haftentschädigungs-Verord-
nung findet für diese Fälle keine Anwendung.

München, den 25. April 1952

Der Vorsitzende:

Stock

Beilage 2600

Bericht

des

Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen
zum

Schreiben des Verfassungsgerichtshofs betreffend
Antrag der Stadtgemeinde Kempten auf Feststellung
der Verfassungswidrigkeit der §§ 1 Nr. 1 Abs. II und
Nr. 2 Art. 1a mit 1d und § 2 Abs. I Satz 2 des Drit-
ten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes
über den Finanzausgleich zwischen
Staat, Gemeinden und Gemeindever-
bänden vom 16. Oktober 1951 (GVBl. S. 197)

— Nr. 9873 —

Berichterstatter: Dr. Schönecker

Antrag des Ausschusses:

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Die Verfassungsbeschwerde ist als unbegrün-
det zurückzuweisen.
- III. Als Bevollmächtigter des Landtags wird Ab-
geordneter Dr. Schönecker bestimmt.
- IV. Auf mündliche Verhandlung wird verzichtet.

München, den 22. April 1952

Der Vorsitzende:

Stock

Beilage 2601

Bericht

des

Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen
zum

Schreiben des Verfassungsgerichtshofs betreffend
Antrag des Herrn Dr. Schneider in Ansbach auf
Feststellung der Verfassungswidrig-
keit der Rechtsanwaltsordnung vom
6. November 1946 (Nr. 9265)

Berichterstatter: Dr. Fischer

Antrag des Ausschusses:

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Die Verfassungsbeschwerde ist als unbegrün-
det zurückzuweisen.
- III. Als Bevollmächtigter des Landtags wird Ab-
geordneter Dr. Fischer bestimmt.
- IV. Auf mündliche Verhandlung wird verzichtet.

München, den 22. April 1952

Der Vorsitzende:

Stock